



Arbeitslosigkeit im Januar deutlich angestiegen

Im ersten Monat des Jahres 2020 ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, wie die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit mitteilte. Der Anstieg betreffe alle Personengruppen. Die Kräfte nachfrage der Unternehmen sei weiterhin rückläufig. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liege aber weiterhin auf hohem Niveau. Nach Angaben der Regionaldirektion waren im Januar 106.800 Menschen arbeitslos, 10.400 oder 10,8 Prozent mehr als im Dezember 2019. Gegenüber Januar 2019 ergibt sich ein Plus von 3.600 oder 3,5 Prozent. Vor einem Jahr waren in Rheinland-Pfalz 103.200 Frauen und Männer arbeitslos.

Die Arbeitslosenquote – berechnet auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen – lag bei 4,7 Prozent. Vor vier Wochen betrug sie 4,3 Prozent und vor einem Jahr 4,6 Prozent.

„Erwartungsgemäß sind wir in den Januar mit steigender Arbeitslosigkeit gestartet. Dies ist eine saisonbedingt typische Entwicklung. Insbesondere aus den Außenberufen haben sich mehr Menschen arbeitslos gemeldet. Allerdings sind auch im Vergleich zum Vorjahr wieder mehr Frauen und Männer ohne Beschäftigung, worin ich auch die Auswirkungen einer konjunkturellen Eintrübung erkenne. Ebenso verzeichnen wir bei den Stellen deutliche Rückgänge“, so Heidrun Schulz, Chefin der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit. „Die Entwicklung am Arbeitsmarkt im Jahr 2020 ist derzeit schwierig einzuschätzen. Für sprunghafte Bewegungen in die eine oder andere Richtung haben wir keine Anzeichen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung befindet sich unverändert auf hohem Niveau.“

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen erfasst, die an entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnahmen oder aus anderen Gründen nicht mehr als Arbeitslose gezählt wurden, lag im Januar bei 144.600 Personen. Das waren 2.700 oder 1,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

Digitalpakt Schule nimmt Fahrt auf

WIRTSCHAFT: ISB bleibt auch im Niedrigzinsjahr 2019 stabil – Landesbank erreicht höheres Volumen bei Wirtschaftsförderung

VON ANDREAS SCHRÖDER

Die Vergabe der Mittel des „Digitalpakts Schule“ nimmt langsam Fahrt auf. Derzeit bearbeitet die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) acht Anträge für 29 Schulen mit einem Fördervolumen von insgesamt sieben Millionen Euro, wie Dr. Ulrich Link, Mitglied des Vorstands der ISB, bei der Auftakt-Konferenz der Bank Anfang Februar berichtete. Die ISB hatte im September die Vergabe der Gelder aus dem bundesweiten Förderprogramm im Auftrag des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums übernommen. Insgesamt kann Rheinland-Pfalz knappe 250 Millionen aus dem Digitalpakt abrufen.

Den ersten Zuschuss erhielt Anfang Dezember die UNESCO-Projektschule Norken im Westerwaldkreis. Die Förderung für Norken über knappe 25.000 Euro komme den rund 30 Schülern und vier Lehrkräften zugute, die schon seit vielen Jahren mit digitalen Medien arbeiten und am Landesförderprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ teilnehmen. Es war der einzige Förderantrag, der 2019 gestellt worden war.

Ulrich Link geht aber davon aus, dass die Anzahl der Anträge auf Förderung aus dem Digitalpakt in nächster Zukunft „deutlich“ ansteigen werde. Den relativ langsamen Start erklärt Link sich mit den Anforderungen an die Antragsteller. Die Schulen müssen zuerst ein medienpädagogisches Konzept erstellen. Schulen, wie die UNESCO-Projektschule, die seit Jahren in diesem Bereich sehr aktiv sind, hätten es



(v.l.n.r.) Dr. Ulrich Link, Ulrich Dexheimer und Dr. Stephan Weinberg

da natürlich leichter, so Link. Seitens der ISB rechne man aber damit, dass zahlreiche Kommunen bald nachziehen werden. Denn nicht die Schule selbst beantragt die Fördermittel. Die Schulen entwickeln ihr Konzept und teilen dann ihren Bedarf dem Schulträger mit, der dann den eigentlichen Antrag bei der ISB stellt.

Um diese Anträge bewerten zu können, hat die Förderbank extra eine neue Kraft von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz gewinnen können, die die Anträge anhand objektiver Kriterien bewerte. Ulrich Link versicherte aber auch, dass man seitens der ISB Anträge auf Förderung aus

dem Digitalpakt nicht einfach ablehne. Man setze sich vielmehr mit den Antragstellern in Verbindung und gebe Gelegenheit, nachzubessern. „Wir betrachten das als Teil unseres Beratungsauftrags“, so Link.

Im Jahr 2019 blieben die Kennzahlen der ISB im Vergleich zum Vorjahr weitgehend stabil. Die Bilanzsumme sank von 8,33 Milliarden Euro in 2018 auf 8,28 Milliarden im vergangenen Jahr. Das Eigenkapital blieb mit 247 Millionen Euro (plus 0,5 Prozent) stabil. Lediglich der Jahresüberschuss erhöhte sich deutlich von 600.000 Euro in 2018 auf eine Million in 2019. „Die ISB ist als Förderbank des Landes ein un-

verzichtbares Instrument der Wirtschafts- und Wohnraumförderung. In einem für Förderbanken schwierigen Marktumfeld ist sie stabil aufgestellt“, sagte der Verwaltungsratsvorsitzende der ISB, Finanzstaatssekretär Dr. Stephan Weinberg. Mit dem Ergebnis zeigten sich auch Ulrich Link und Vorstandssprecher Ulrich Dexheimer zufrieden. „Das schon sehr lange andauernde Niedrigzinsniveau stellt alle Förderbanken vor große Herausforderungen. Hinzu kommen Aufwendungen durch höhere aufsichtsrechtliche Anforderungen. Gleichwohl haben wir abermals auf hohem Niveau gefördert und konnten das Volumen steigern“, so Dexheimer.

Das Gesamtvolumen der Wirtschaftsförderung der ISB ist im vergangenen Jahr um fünf Prozent auf insgesamt knappe 350 Millionen Euro angewachsen. Ein Großteil dieses Wachstums ging auf die Investitions- und Betriebsmitteldarlehen zurück, die von 263 Millionen in 2018 auf 280 Millionen im vergangenen Jahr angestiegen sind. Aus Sicht des Vorstands der ISB zeige dieser Zuwachs in Zeiten des Niedrigzins, dass die Angebote der Förderbank „passgenau“ auf die Bedürfnisse der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ausgelegt seien. Einen Rückgang der Fördervolumen musste die ISB bei den Bürgschaften verzeichnen, die in erster Linie bei Betriebsgründungen und Übernahmen zum Einsatz kämen, bei denen Sicherheiten fehlten. Allerdings: Während die Fördersumme um insgesamt 2,8 Millionen Euro zurückgegangen ist, ist die Zahl der Zusagen von 15 auf 17 in 2019 angestiegen.

Azubis besser auf Anforderungen der Digitalisierung vorbereiten

NACHWUCHS: Ausbildungsreport des DGB kritisiert schlechte Ausstattung von Berufsschulen und Betrieben – Zufriedenheit mit der Ausbildung leide unter häufigen Verstößen gegen Jugendschutz und gegen das Berufsbildungsgesetz

Auszubildende in Rheinland-Pfalz würden nicht ausreichenden auf die Anforderungen der Digitalisierung vorbereitet, kritisierte Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland. Basis dieser Aussage sind die Erkenntnisse aus dem Ausbildungsreport Rheinland-Pfalz 2019 des Gewerkschaftsbundes, den Muscheid Mitte Januar in Mainz vorstellte.

Die Kritik der Gewerkschafter richtet sich inhaltlich sowohl an die Berufsschulen als auch an die Ausbildungsbetriebe. „80 Prozent der befragten Auszubildenden sind der Meinung, dass Digitalisierung in ihrer Ausbildung wichtig sei. Aber nur annähernd die Hälfte der Auszubildenden wird ausreichend für die Nutzung digitaler Technologien qualifiziert. Etwa 70 Prozent bekommen in den ausbildenden Betrieben keine technischen Geräte zur Verfügung

gestellt“, so Muscheid. Die digitale Ausstattung der rheinland-pfälzischen Berufsschulen werde von 35 Prozent der Auszubildenden nur als ausreichend oder mangelhaft bewertet.

„Hier besteht dringender Handlungsbedarf! Die berufsbildenden Schulen müssen angemessen für die digitale Zukunft ausgerüstet werden. Marode und heruntergekommene Gebäude sowie fehlende technische Ausstattung und ein Mangel an Lehrpersonal sind keine Grundlage für eine Ausbildung 4.0.“, so der DGB-Vorsitzende. In vielen Bereichen sei heute noch nicht vorhersehbar, wie der digitale Wandel der Arbeitswelt einzelne Berufsbilder verändern werde. Auf diese Unsicherheit würden die Auszubildenden im Laufe ihres Berufslebens am besten reagieren können, denen fundierte fachliche Kenntnisse in der

Ausbildung vermittelt wurden. Der Ausbildungsqualität komme damit zukünftig ein noch höherer Stellenwert zu, erklärt Maria Leurs, Bezirksjugendsekretärin der DGB Jugend Rheinland-Pfalz/Saarland.

Unterm Strich sei die „allgemeine Zufriedenheit“ der befragten Jugendlichen mit ihrer Ausbildung aber weiterhin hoch, bestätigte der DGB. 67,5 Prozent der Befragten hätten ein positives Votum gefällt. Betrachte man aber einen längeren Zeitraum, werde deutlich, dass die Anzahl zufriedener Lehrlinge zurückgehe. 2016 lag ihr Anteil noch bei 73,4 Prozent. Im gleichen Zeitraum habe sich der Anteil der befragten Azubis, die mit „eher unzufrieden“ oder sogar „sehr unzufrieden“ antworteten, fast verdoppelt. Er liegt jetzt bei 9,1 Prozent.

Ursachen für diese Unzufriedenheit seien Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzge-

setz und gegen das Berufsbildungsgesetz, eine unzureichende Betreuung durch die Ausbilder und die häufige Übertragung ausbildungsfremder Tätigkeiten.

„Dies bildet sich auch in den erhobenen Zahlen ab“, betont man seitens des DGB. So müssten 38,7 Prozent der Auszubildenden regelmäßig Überstunden leisten. 16,2 Prozent der Befragten erhielten dafür weder eine Vergütung noch einen Freizeitausgleich. Weitere 14 Prozent wussten nicht, ob sie einen Ausgleich erhalten. „Dies ist ein klarer Verstoß gegen das Berufsbildungsgesetz. Besorgniserregend ist, dass auch 13 Prozent der minderjährigen Auszubildenden regelmäßig mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten müssen, was einen klaren Verstoß gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz darstellt“, bemängelt der Gewerkschaftsbund. **AS**

Mehr Mobilität für das gleiche Geld?

VERKEHR: Volker Wissing stellt Ergebnisse der Online-Befragung im Rahmen des „Mobilitätskonsens 2021“ vor

7101 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer haben die 79 Fragen der Online-Erhebung zum „Mobilitätskonsens 2021“ ausgefüllt. Es ist „ein echter Datenschatz“, freute sich Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Volker Wissing bei der Vorstellung der Ergebnisse Anfang Februar in Mainz. Für Wissing besonders wichtig ist, dass die Umfrage alle Verkehrsträger sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum abdecke. In der Regel konzentrierten sich vergleichbare Erhebungen auf Ballungszentren ab einer gewissen Größe, so Wissing.

Die Umfrage zeige zum Teil deutliche Unterschiede im Mobilitätsverhalten sowie bei den Mobilitätswünschen zwischen den Bewohnern der Städte und der ländlichen Räume, so Wissing. „Die Befragten aus der Stadt möchten weniger Autoverkehr, weniger parkende Autos im öffentlichen Raum und befürworten auch stärker längere Rotphasen für Autos zugunsten von Fußgängern und Radfahrern. Für die Befragten aus den ländlichen Räumen ist dagegen das

Auto das Verkehrsmittel Nummer eins. Ein Verzicht auf individuelle Mobilität ist hier kaum vorstellbar. Dementsprechend sehen die Menschen weniger Parkplätze und längere Rotphasen von Ampeln skeptisch“, erläuterte der Minister.

Gerade beim Thema Berufsverkehr enthalten die aggregierten Antworten der Bürger einen klaren aber augenscheinlich fast kaum zu erfüllenden Auftrag an die Politik: Die Menschen wünschen sich, „dass Arbeitszeiten, Pendelzeiten, ÖPNV-Fahrpläne und Öffnungszeiten von Schulen besser aufeinander abgestimmt werden“, dass der ÖPNV in Sachen Ausstattung, Taktung und Pünktlichkeit besser wird und dass jedes Ziel im Land gut erreichbar ist. Aber: Diese Mobilität soll auch bezahlbar sein.

„Manche Themen haben wir bereits angepackt und werden hier bestätigt. Bei anderen Themen haben wir wichtige Hinweise und viele gute Ideen bekommen, wo wir künftig Schwerpunkte setzen können. Das packen wir jetzt an“, kommentierte Wissing die Ergebnisse der Befragung. Be-



ÖPNV auf dem Bahnhofsvorplatz in Mainz

reits in Arbeit sei die Stärkung des Nahverkehrs, die vielfach gewünscht wurde. „Wir brauchen ein Nahverkehrskonzept aus einem Guss, für das ganze Land. Wir brauchen Strukturen, welche die regionale Kompetenz der Verkehrsverbände erhalten

und zusätzlich landesweite Konzepte und Angebote ermöglichen. Mit dem Nahverkehrsgesetz schaffen wir dafür die Grundlage“, sagte Wissing. Die Kernidee hinter der Gesetzesnovelle ist, den Nahverkehr zur Pflichtaufgabe der Kommunen zu ma-

chen. Was sich wie eine zusätzliche Belastung anhört, gebe den oft verschuldeten Gemeinden, Städten und Kreisen aus Sicht des Ministeriums aber mehr Spielraum, um den ÖPNV zu gestalten.

Zudem kündigte der Minister ein Tarifgutachten für eine Tarifstrukturreform an, das gemeinsam mit den Verkehrsverbänden in Auftrag gegeben werden soll. „Wir brauchen attraktive, verständliche Tarife und an der einen oder anderen Stelle neue Angebote“, sagte Wissing.

Wissing selbst deutete seine Bereitschaft an, noch mehr Geld in den Ausbau der Mobilität im Land zu stecken, sobald passende Konzepte existieren. Was dem Minister auf der anderen Seite Sorgen bereitet, ist die fehlende Bereitschaft der Menschen, sich ebenfalls an den Kosten einer alternativen Mobilität im Land zu beteiligen. Grundsätzlich, so Wissing, sei die Zurückhaltung gerade der Menschen auf dem Land aber zu verstehen: Warum solle man Geld für den ÖPNV ausgeben, wenn man das Auto doch weiter unterhalten muss? **AS**

Digitalpakt Schule nimmt Fahrt auf

WIRTSCHAFT: ISB bleibt auch im Niedrigzinsjahr 2019 stabil – Landesbank erreicht höheres Volumen bei Wirtschaftsförderung

VON ANDREAS SCHRÖDER

Die Vergabe der Mittel des „Digitalpakts Schule“ nimmt langsam Fahrt auf. Derzeit bearbeitet die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) acht Anträge für 29 Schulen mit einem Fördervolumen von insgesamt sieben Millionen Euro, wie Dr. Ulrich Link, Mitglied des Vorstands der ISB, bei der Auftakt-Konferenz der Bank Anfang Februar berichtete. Die ISB hatte im September die Vergabe der Gelder aus dem bundesweiten Förderprogramm im Auftrag des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums übernommen. Insgesamt kann Rheinland-Pfalz knappe 250 Millionen aus dem Digitalpakt abrufen.

Den ersten Zuschuss erhielt Anfang Dezember die UNESCO-Projektschule Norken im Westerwaldkreis. Die Förderung für Norken über knappe 25.000 Euro kommen den rund 30 Schülern und vier Lehrkräften zugute, die schon seit vielen Jahren mit digitalen Medien arbeiten und am Landesförderprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ teilnehmen. Es war der einzige Förderantrag, der 2019 gestellt worden war.

Ulrich Link geht aber davon aus, dass die Anzahl der Anträge auf Förderung aus dem Digitalpakt in nächster Zukunft „deutlich“ ansteigen werde. Den relativ langsamen Start erklärt Link sich mit den Anforderungen an die Antragsteller. Die Schulen müssen zuerst ein medienpädagogisches Konzept erstellen. Schulen, wie die UNESCO-Projektschule, die seit Jahren in diesem Bereich sehr aktiv sind, hätten es



(v.l.n.r.) Dr. Ulrich Link, Ulrich Dexheimer und Dr. Stephan Weinberg

da natürlich leichter, so Link. Seitens der ISB rechne man aber damit, dass zahlreiche Kommunen bald nachziehen werden. Denn nicht die Schule selbst beantragt die Fördermittel. Die Schulen entwickeln ihr Konzept und teilen dann ihren Bedarf dem Schulträger mit, der dann den eigentlichen Antrag bei der ISB stellt.

Um diese Anträge bewerten zu können, hat die Förderbank extra eine neue Kraft von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz gewinnen können, die die Anträge anhand objektiver Kriterien bewerte. Ulrich Link versicherte aber auch, dass man seitens der ISB Anträge auf Förderung aus

dem Digitalpakt nicht einfach ablehne. Man setze sich vielmehr mit den Antragstellern in Verbindung und gebe Gelegenheit, nachzubessern. „Wir betrachten das als Teil unseres Beratungsauftrags“, so Link.

Im Jahr 2019 blieben die Kennzahlen der ISB im Vergleich zum Vorjahr weitgehend stabil. Die Bilanzsumme sank von 8,33 Milliarden Euro in 2018 auf 8,28 Milliarden im vergangenen Jahr. Das Eigenkapital blieb mit 247 Millionen Euro (plus 0,5 Prozent) stabil. Lediglich der Jahresüberschuss erhöhte sich deutlich von 600.000 Euro in 2018 auf eine Million in 2019. „Die ISB ist als Förderbank des Landes ein un-

verzichtbares Instrument der Wirtschafts- und Wohnraumförderung. In einem für Förderbanken schwierigen Marktumfeld ist sie stabil aufgestellt“, sagte der Verwaltungsratsvorsitzende der ISB, Finanzstaatssekretär Dr. Stephan Weinberg. Mit dem Ergebnis zeigten sich auch Ulrich Link und Vorstandssprecher Ulrich Dexheimer zufrieden. „Das schon sehr lange andauernde Niedrigzinsniveau stellt alle Förderbanken vor große Herausforderungen. Hinzu kommen Aufwendungen durch höhere aufsichtsrechtliche Anforderungen. Gleichwohl haben wir abermals auf hohem Niveau gefördert und konnten das Volumen steigern“, so Dexheimer.

Das Gesamtvolumen der Wirtschaftsförderung der ISB ist im vergangenen Jahr um fünf Prozent auf insgesamt knappe 350 Millionen Euro angewachsen. Ein Großteil dieses Wachstums ging auf die Investitions- und Betriebsmitteldarlehen zurück, die von 263 Millionen in 2018 auf 280 Millionen im vergangenen Jahr angestiegen sind. Aus Sicht des Vorstands der ISB zeige dieser Zuwachs in Zeiten des Niedrigzins, dass die Angebote der Förderbank „passgenau“ auf die Bedürfnisse der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ausgelegt seien. Einen Rückgang der Fördervolumen musste die ISB bei den Bürgschaften verzeichnen, die in erster Linie bei Betriebsgründungen und Übernahmen zum Einsatz kämen, bei denen Sicherheiten fehlten. Allerdings: Während die Fördersumme um insgesamt 2,8 Millionen Euro zurückgegangen ist, ist die Zahl der Zusagen von 15 auf 17 in 2019 angestiegen.



Arbeitslosigkeit im Januar deutlich angestiegen

Im ersten Monat des Jahres 2020 ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, wie die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit mitteilte. Der Anstieg betreffe alle Personengruppen. Die Kräftefrage der Unternehmen sei weiterhin rückläufig. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liege aber weiterhin auf hohem Niveau. Nach Angaben der Regionaldirektion waren im Januar 106.800 Menschen arbeitslos, 10.400 oder 10,8 Prozent mehr als im Dezember 2019. Gegenüber Januar 2019 ergibt sich ein Plus von 3.600 oder 3,5 Prozent. Vor einem Jahr waren in Rheinland-Pfalz 103.200 Frauen und Männer arbeitslos.

Die Arbeitslosenquote – berechnet auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen – lag bei 4,7 Prozent. Vor vier Wochen betrug sie 4,3 Prozent und vor einem Jahr 4,6 Prozent.

„Erwartungsgemäß sind wir in den Januar mit steigender Arbeitslosigkeit gestartet. Dies ist eine saisonbedingte typische Entwicklung. Insbesondere aus den Außenberufen haben sich mehr Menschen arbeitslos gemeldet. Allerdings sind auch im Vergleich zum Vorjahr wieder mehr Frauen und Männer ohne Beschäftigung, worin ich auch die Auswirkungen einer konjunkturellen Eintrübung erkenne. Ebenso verzeichnen wir bei den Stellen deutliche Rückgänge“, so Heidrun Schulz, Chef der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit. „Die Entwicklung am Arbeitsmarkt im Jahr 2020 ist derzeit schwierig einzuschätzen. Für sprunghafte Bewegungen in die eine oder andere Richtung haben wir keine Anzeichen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung befindet sich unverändert auf hohem Niveau.“

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen erfasst, die an entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder aus anderen Gründen nicht mehr als Arbeitslose gezählt wurden, lag im Januar bei 144.600 Personen. Das waren 2.700 oder 1,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

Azubis besser auf Anforderungen der Digitalisierung vorbereiten

NACHWUCHS: Ausbildungsreport des DGB kritisiert schlechte Ausstattung von Berufsschulen und Betrieben – Zufriedenheit mit der Ausbildung leide unter häufigen Verstößen gegen Jugendschutz und gegen das Berufsbildungsgesetz

Auszubildende in Rheinland-Pfalz würden nicht ausreichenden auf die Anforderungen der Digitalisierung vorbereitet, kritisierte Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland. Basis dieser Aussage sind die Erkenntnisse aus dem Ausbildungsreport Rheinland-Pfalz 2019 des Gewerkschaftsbundes, den Muscheid Mitte Januar in Mainz vorstellte.

Die Kritik der Gewerkschafter richtet sich inhaltlich sowohl an die Berufsschulen als auch an die Ausbildungsbetriebe. „80 Prozent der befragten Auszubildenden sind der Meinung, dass Digitalisierung in ihrer Ausbildung wichtig sei. Aber nur annähernd die Hälfte der Auszubildenden wird ausreichend für die Nutzung digitaler Technologien qualifiziert. Etwa 70 Prozent bekommen in den ausbildenden Betrieben keine technischen Geräte zur Verfügung

gestellt.“, so Muscheid. Die digitale Ausstattung der rheinland-pfälzischen Berufsschulen werde von 35 Prozent der Auszubildenden nur als ausreichend oder mangelhaft bewertet.

„Hier besteht dringender Handlungsbedarf! Die berufsbildenden Schulen müssen angemessen für die digitale Zukunft ausgerüstet werden. Marode und heruntergekommene Gebäude sowie fehlende technische Ausstattung und ein Mangel an Lehrpersonal sind keine Grundlage für eine Ausbildung 4.0.“, so der DGB-Vorsitzende. In vielen Bereichen sei heute noch nicht vorhersehbar, wie der digitale Wandel der Arbeitswelt einzelne Berufsbilder verändern werde. Auf diese Unsicherheit würden die Auszubildenden im Laufe ihres Berufslebens am besten reagieren können, denen fundierte fachliche Kenntnisse in der

Ausbildung vermittelt wurden. Der Ausbildungsqualität komme damit zukünftig ein noch höherer Stellenwert zu, erklärt Maria Leurs, Bezirksjugendsekretärin der DGB Jugend Rheinland-Pfalz/Saarland.

Unterm Strich sei die „allgemeine Zufriedenheit“ der befragten Jugendlichen mit ihrer Ausbildung aber weiterhin hoch, bestätigte der DGB. 67,5 Prozent der Befragten hätten ein positives Votum gefällt. Betrachte man aber einen längeren Zeitraum, werde deutlich, dass die Anzahl zufriedener Lehrlinge zurückgehe. 2016 lag ihr Anteil noch bei 73,4 Prozent. Im gleichen Zeitraum habe sich der Anteil der befragten Azubis, die mit „eher unzufrieden“ oder sogar „sehr unzufrieden“ antworteten, fast verdoppelt. Er liegt jetzt bei 9,1 Prozent.

Ursachen für diese Unzufriedenheit seien Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzge-

setz und gegen das Berufsbildungsgesetz, eine unzureichende Betreuung durch die Ausbilder und die häufige Übertragung ausbildungsfremder Tätigkeiten.

„Dies bildet sich auch in den erhobenen Zahlen ab“, betont man seitens des DGB. So müssten 38,7 Prozent der Auszubildenden regelmäßig Überstunden leisten. 16,2 Prozent der Befragten erhielten dafür weder eine Vergütung noch einen Freizeitausgleich. Weitere 14 Prozent wussten nicht, ob sie einen Ausgleich erhalten. „Dies ist ein klarer Verstoß gegen das Berufsbildungsgesetz. Besorgniserregend ist, dass auch 13 Prozent der minderjährigen Auszubildenden regelmäßig mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten müssen, was einen klaren Verstoß gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz darstellt“, bemängelt der Gewerkschaftsbund. AS

Mehr Mobilität für das gleiche Geld?

VERKEHR: Volker Wissing stellt Ergebnisse der Online-Befragung im Rahmen des „Mobilitätskonsens 2021“ vor

7101 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer haben die 79 Fragen der Online-Erhebung zum „Mobilitätskonsens 2021“ ausgefüllt. Es ist „ein echter Datenschatz“, freute sich Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Volker Wissing bei der Vorstellung der Ergebnisse Anfang Februar in Mainz. Für Wissing besonders wichtig ist, dass die Umfrage alle Verkehrsträger sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum abdecke. In der Regel konzentrierten sich vergleichbare Erhebungen auf Ballungszentren ab einer gewissen Größe, so Wissing.

Die Umfrage zeige zum Teil deutliche Unterschiede im Mobilitätsverhalten sowie bei den Mobilitätswünschen zwischen den Bewohnern der Städte und der ländlichen Räume, so Wissing. „Die Befragten aus der Stadt möchten weniger Autoverkehr, weniger parkende Autos im öffentlichen Raum und befürworten auch stärker längere Rotphasen für Autos zugunsten von Fußgängern und Radfahrern. Für die Befragten aus den ländlichen Räumen ist dagegen das

Auto das Verkehrsmittel Nummer eins. Ein Verzicht auf individuelle Mobilität ist hier kaum vorstellbar. Dementsprechend sehen die Menschen weniger Parkplätze und längere Rotphasen von Ampeln skeptisch“, erläuterte der Minister.

Gerade beim Thema Berufsverkehr enthalten die aggregierten Antworten der Bürger einen klaren aber augenscheinlich fast kaum zu erfüllenden Auftrag an die Politik: Die Menschen wünschen sich, „dass Arbeitszeiten, Pendelzeiten, ÖPNV-Fahrpläne und Öffnungszeiten von Schulen besser aufeinander abgestimmt werden“, dass der ÖPNV in Sachen Ausstattung, Taktung und Pünktlichkeit besser wird und dass jedes Ziel im Land gut erreichbar ist. Aber: Diese Mobilität soll auch bezahlbar sein.

„Manche Themen haben wir bereits angepackt und werden hier bestätigt. Bei anderen Themen haben wir wichtige Hinweise und viele gute Ideen bekommen, wo wir künftig Schwerpunkte setzen können. Das packen wir jetzt an“, kommentierte Wissing die Ergebnisse der Befragung. Be-



ÖPNV auf dem Bahnhofsvorplatz in Mainz

reits in Arbeit sei die Stärkung des Nahverkehrs, die vielfach gewünscht wurde. „Wir brauchen ein Nahverkehrskonzept aus einem Guss, für das ganze Land. Wir brauchen Strukturen, welche die regionale Kompetenz der Verkehrsverbände erhalten

und zusätzlich landesweite Konzepte und Angebote ermöglichen. Mit dem Nahverkehrsgesetz schaffen wir dafür die Grundlage“, sagte Wissing. Die Kernidee hinter der Gesetzesnovelle ist, den Nahverkehr zur Pflichtaufgabe der Kommunen zu ma-

chen. Was sich wie eine zusätzliche Belastung anhört, gebe den oft verschuldeten Gemeinden, Städten und Kreisen aus Sicht des Ministeriums aber mehr Spielraum, um den ÖPNV zu gestalten.

Zudem kündigte der Minister ein Tarifgutachten für eine Tarifstrukturreform an, das gemeinsam mit den Verkehrsverbänden in Auftrag gegeben werden soll. „Wir brauchen attraktive, verständliche Tarife und an der einen oder anderen Stelle neue Angebote“, sagte Wissing.

Wissing selbst deutete seine Bereitschaft an, noch mehr Geld in den Ausbau der Mobilität im Land zu stecken, sobald passende Konzepte existieren. Was dem Minister auf der anderen Seite Sorgen bereitet, ist die fehlende Bereitschaft der Menschen, sich ebenfalls an den Kosten einer alternativen Mobilität im Land zu beteiligen. Grundsätzlich, so Wissing, sei die Zurückhaltung gerade der Menschen auf dem Land aber zu verstehen: Warum solle man Geld für den ÖPNV ausgeben, wenn man das Auto doch weiter unterhalten muss? AS